

# Politischer Montag

Vilsbiburg, 02.07.2012

**Über 400 Besucher waren gekommen, um Hubert Aiwanger, FW-Bundesvorsitzender und Fraktionssprecher im Landtag, zu hören. Aber leider fand die Veranstaltung ohne den Hauptredner statt, da er sich bei einem Fußballspiel verletzte und an der Achillessehne operiert werden musste.**

Man merkte es dem Vorsitzenden Sebastian Huber an, als er die Veranstaltung eröffnete und die Gäste begrüßte, dass er von den Geschehnissen, die er am Vormittag kurzfristig erfuhr, überrascht wurde. Gott sei Dank sprang MdL Jutta Widmann aus Landshut ein.

Zunächst stellte der Vorsitzende der Jungen Freien Wähler, Christian Hanika aus Bad Abbach, in einer engagierten Rede die Jugendorganisation der FW vor. Ein besonderes Anliegen der JFW sei die „Diskriminierung der Berufseinsteiger“ und meinte damit, dass junge Menschen immer öfter mit Praktika, Leiharbeit, Zeitverträgen oder schlechter bezahlten Tätigkeiten abgespeist würden.

Die Landshuter Festwirtin Jutta Widmann ist seit 3 Jahren Landtagsabgeordnete. Sie befasste sich in ihrer sachlich fundierten Rede hauptsächlich mit dem Euro-Rettungsschirm ESM. Die Landtagsfraktion der Freien Wähler lehnt dieses Hilfsprogramm für überschuldete Euro-Staaten ab und empfiehlt z.B. Griechenland des Austritt aus dem Euro-Raum. „Ich hätte kein Problem, wenn es statt 17 Euro-Staaten nur noch 16, 15 oder 14 wären,“ meinte sie. Es sei auch fraglich, ob Deutschland sich nicht finanziell übernimmt, wenn 8,7 Milliarden Euro in den ESM bar eingezahlt werden müssen und zusätzlich noch Bürgschaften in Höhe von 211 Milliarden Euro anstehen. Sie wünsche sich ein Europa der soliden Finanzen konsequente Handlungen gegen Fondmanager, die auf den Staatsbankrott Wetten abschließen oder marode Banken hochbrisante Finanzspekulationen betreiben.

In Bezug auf die Energiewende forderte sie ähnliche Fördersummen wie sie für die Atomenergie ausgegeben wurden. Die Atomwirtschaft wurde nämlich über die Jahrzehnte hinweg mit 50 Milliarden Euro gefördert. „Wenn man solche Summen in die Entwicklung regenerativer Energieformen stecken würde, dann würde sich endlich etwas bewegen“, folgerte sie.

Aus diesen Gründen müssten die Freien Wähler auch in der Bundespolitik aktiv werden. Vor allen Dingen auch deshalb, weil die CSU ihre selbst festgelegten "roten Linien" immer wieder überschreitet und in Berlin nach Merkels Pfeife tanzt